Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr 3

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 21. Oktober 1881. Nr. 490.

Deutschland.

Berlin, 20. Oktober. Die erste Sitzung des Bundesrathes fand heute unter Vorsitz des Staatssekretärs v. Bötticher im Reichsamt des Innern statt. Auf der Tagesordnung standen: Wahl des Protokollführers, Mittheilung über die Bildung der Ausschüsse für das Landheer und die Festungen und für das Seewesen durch kaiserliche Anordnung, sowie Wahl der übrigen Ausschüsse, ferner an Vorlagen die statistischen Erhebungen über den Ernte-Ertrag und Uebersicht der Reichs-Ausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1880—81.

— Wie aus Baden-Baden vom heutigen Tage telegraphisch gemeldet wird, unternahm Se. Majestät der Kaiser auch gestern Nachmittag im besten Wohlbefinden eine Spazierfahrt, speiste sodann mit Ihrer Majestät der Kaiserin allein und nahm Abends den Thee bei der Kaiserin ein. Die Abreise Sr. Majestät ist der anhaltend günstigen Herbstwitterung wegen abermals verschoben worden und dürfte erst in der nächsten Woche, vielleicht am 25. oder 26. d. M. erfolgen. Die Kaiserin besuchte im Laufe des gestrigen Tages den Bazar zum Besten der englischen Kirche.

— Das am vorigen Sonntag zu Paris im Tivoli-Vauxhall von den Ultraradikalen gehaltene Meeting, auf welchem das Recht der Insurrektion proklamirt wurde, hat zu einer lebhaften Diskussion in der Presse Anlaß gegeben. Die Blätter aller Parteischattirungen erörtern das von der „Rep. fr." mit großer Erbitterung aufgenommene Thema; auch wird bereits telegraphisch mitgetheilt, daß die Redner des Meetings gerichtlich verfolgt werden sollen. Inzwischen planen die Unversöhnlichen angeblich bereits weitere Demonstrationen, so daß noch vor der am 28. Oktober stattfindenden Kammereröffnung die von dem Organ Gambetta's angekündigte Eventualität einer gewaltsamen Repression eintreten kann. Die „Rep. fr." drohte, wie bereits gemeldet, daß das Gouvernement, sobald die Ultraradikalen eine Prozession nach dem Elysee, dem Luxembourg oder dem Palais Bourbon organisiren würden, mit Waffengewalt einschreiten werde. Dieser Fall würde nun vorliegen, falls die Parteigänger der Kommune die ihnen zugeschriebene Absicht ausführen, am Sonntag vor die Residenz des Präsidenten der Republik zu ziehen und die Freilassung Berezowski's zu verlangen. Während aber Gambetta seinen heftigsten Widersacher Rochefort beschuldigen läßt, die Ultraradikalen zur Emeute anzustiften, ist es dieser gerade welcher von der erwähnten Demonstration dringend abräth, weil dieselbe lediglich dem Kammerpräsidenten und seinem Anhange dienen soll. Rochefort beschuldigt die „Rep. fr.", welche das „rothe Gespenst" die übliche Rolle spielen läßt, über den Ursprung der angeblich gefürchteten Kundgebungen sehr wohl unterrichtet zu sein. Thatsächlich würde allerdings Gambetta's Aufgabe, ein neues Kabinet zu bilden, wesentlich erleichert werden, wenn es ihm gelänge, sich bei der Bourgeoisie als Retter der Gesellschaft einzuführen. Der „N.-Z." wird aus **Paris**, 19. Oktober, gemeldet:

Die Nachricht bezüglich einer Zusammenkunft Gambetta's mit Jules Ferry ist falsch. Gambetta ist nach den Meldungen seiner Organe entschlossen, selbst wenn er nochmals zu Grevy gerufen werden sollte, auf keinerlei Verhandlungen einzugehen, bevor die Kammer sich geäußert hat. Die Erklärung der „Rep. fr.", daß kein Ministerium Straßenkundgebungen dulden und eventuell Waffengewalt brauchen würde, erregt bei den Ultraradikalen große Wuth und wird dahin ausgelegt, daß Gambetta sich von seinen alten Bundesgenossen gänzlich abwenden wolle. Die ursprünglich für den vorigen Sonntag beabsichtigte Demonstration der Unversöhnlichen, mit einer rothen Fahne an der Spitze nach dem Elyseepalaste zu ziehen, um die Freilassung Berezowski's vom Präsidenten der Republik zu fordern, soll nunmehr am nächsten Sonntag stattfinden. Auf die rothe Fahne will man verzichten; dagegen sollen die Männer rothe Rosetten im Knopfloch, die Frauen rothe Bänder tragen.

— Die Amerikaner haben zur Erinnerung an den letzten entscheidenden Erfolg, den ihre Vorfahren im Unabhängigkeitskriege errungen, zum Gedächtniß an die am 19. Oktober 1781 erfolgte Kapitulation der Engländer unter Cornwallis in Yorktown eine großartige Feier veranstaltet, zu der sie als Ehrengäste der Union die Nachkommen des deutschen Generals von Steuben und jener französischen Offiziere, welche an dem Kampfe um Yorktown theilgenommen, eingeladen haben. Man hat die deutschen und französischen Gäste mit ausgesuchten Ehren empfangen, besonders werden die Nachkommen des Generals von Steuben, welcher den Angriff auf Yorktown geleitet hat, von ihren deutschen Landsleuten gefeiert. In Newyork wird ihnen zu Ehren von der „deutschen Gesellschaft", deren erster Präsident General v. Steuben war, ein großartiges Festmahl veranstaltet. Die Feierlichkeiten in Yorktown nahmen am Montag ihren Anfang. Gestern erfolgte die Festrede des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Nach einem Telegramm des „W. T. B." aus Yorktown sagte Präsident Arthur u. A.:

> Vor 100 Jahren hat hier der Kampf um unsere Unabhängigkeit sein Ende gefunden und ist das Prinzip unserer Regierung, die Souveränetät des Volkes festgestellt worden. Alle Rachsucht, die aus jenem Kampfe herrühren könnte, ist seit langer Zeit verschwunden. Es ist unmöglich, daß wir uns heute des Triumphes über unseren besiegten Feind rühmen, angemessen aber ist es, daß wir uns des Patriotismus und der Treue unserer Vorfahren erinnern und daß wir unsere Söhne in die Erbschaft der Liebe zu der durch das Gesetz geschützten Freiheit einsetzen. Ich heiße die Delegirten Deutschlands und Frankreichs willkommen und erinnere an die Freundschaft dieser beiden Nationen, welche die Wandelungen, die sich innerhalb eines Jahrhunderts vollzogen, überlebt haben. Ich hoffe, daß diese Freundschaft auch fernerhin andauern werde und daß das Land, im Innern wie nach Außen, Frieden haben werde.

Nach der Rede wurde von einem dreihundertstimmigen Chor die von Professor J. Mosenthal in Newyork komponirte Centennialhymne gesungen. Zum Schluß der Feier hielt Präsident Arthur, umgeben von den Ministern und den Ehrengästen, einen großen Empfang in der Lafayette Hall. Heute und morgen findet Militär- und Flottenparade vor dem Präsidenten statt. Einer der interessantesten Charakterzüge der Gedenkfeier ist es, daß die Erinnerungen an das vor hundert Jahren stattgehabte Ereigniß durch die äußere Erscheinung des Ortes Yorktown und seiner Umgebungen weit lebhafter geweckt werden können, als man sonst irgendwo nach einem solchen Zeitraum, insbesondere inmitten der rapiden Entwicklung der Vereinigten Staaten hätte voraussetzen können. Yorktown selbst ist nämlich, wie wir der „N.-Y. St.-Ztg." entnehmen, heute noch immer jene kleine Ortschaft mit wenigen Häusern, die es vor 100 Jahren war. Das Moore-Haus, in welchem die Kapitulation unterzeichnet wurde, steht noch wohlerhalten da. Die Umgebungen des Städtchens erscheinen durch die enormen Fortschritte des industriellen Jahrhunderts in keiner Weise berührt und nicht zum wenigsten werden endlich die Zeltlager der zur Feier versammelten Truppen das Bild der vor 100 Jahren erfolgten Belagerung lebhaft wieder vor Augen führen.

— Die letzten aus Irland in London eingegangenen Nachrichten konstatiren, daß die Ruhe überall wiederhergestellt ist, daß jedoch die Gährung unter der Bevölkerung sehr stark sei; daher sind weitere Truppen nach Irland beordert worden. Der in Folge des neuen Landgesetzes eingeführte Landgerichtshof hat heute seine Sitzungen in Dublin eröffnet. Während nach der von den Landligisten ausgegebenen Parole kein Pächter die Entscheidung dieses Gerichtes anrufen sollte, haben trotzdem bereits 340 Pächter die Fixirung ihres Pachtzinses durch den Gerichtshof beantragt; ein Zeichen, daß noch immer zahlreiche loyale Pächter vorhanden sind, welche sich dem Terrorismus der Landliga nicht beugen.

Ausland.

Paris, 19. Oktober. Laut Meldungen aus Tunis schwankte der Generalstab der dortigen Expeditionskolonne lange, ob im Hinblick auf die mangelhaften Vorbereitungen der Vormarsch gegen Kairuan bereits angetreten werden sollte. Insbesondere mangelhaft sind die Transportmittel. Die einzelnen Bataillone haben nur die Hälfte der erforderlichen Maulthiere und diese, aus Frankreich bezogen und überdies zu jung, sind den Anstrengungen nicht gewachsen.

Provinzielles.

Stettin, 20. Oktober. Die gestrige Versammlung der Bürgerpartei war wieder außerordentlich stark besucht, vielleicht noch stärker als die frühere Versammlung. Es mochten etwa 800 Personen im Saale anwesend sein. Wie wenig man von gegnerischer Seite die Mittel scheuet, erhellt wohl am besten daraus, daß vor dem Wolff'schen Garten Wahlaufrufe der deutschen sozialen Reformpartei mit Empfehlungen für Herrn Baltzer zu vertheilen versucht wurden, denen später noch eine Nummer des Pölitzer Wochenblattes beigefügt wurde. Die Aufrufe mitsammt dem Pölitzer Blatt erregten indeß nur Heiterkeit und wurde dem Unfug bald ein Ende gemacht. Ein anderer Zwischenfall spielte sich im Saale selbst ab. Obgleich nur den Mitgliedern der Bürgerpartei der Eintritt gestattet war, hatte sich hier auch Herr Andrae-Roman und zwar mit einer Karte eingefunden. Beim Vorzeigen derselben ergab sich indessen, daß besagte Karte, die Herr Andrae „per Post zugeschickt" erhalten haben wollte, nicht von einem der bestellten und allein berechtigten Censoren der Bürgerpartei ausgestellt war. Herr Andrae wurde daher aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Nach einigem Sträuben entschloß sich derselbe endlich dazu, nicht aber ohne den Versuch, mit einem Proteste etwas Eklat zu machen. Sein Auftreten machte indessen wenig Eindruck, er erzielte in der Hauptsache nichts, als eine ganze Reihe etwas spöttischer Bemerkungen über den „romanhaften" Andrae. Im Uebrigen verlief die Versammlung verhältnißmäßig ruhig. Ein Individuum, das sich noch im weiteren Verlaufe der Versammlung durch fortgesetzte Störungen unliebsam bemerkbar machte, wurde durch die mit Schleifen versehenen Ordner hinausgeschafft und als es durch eine Nebenthür wieder in den Saal gedrungen war, noch einmal hinausbefördert und als es Widerstand leisten wollte, sofort verhaftet.

Herr R. Graßmann eröffnete die Versammlung zunächst mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser. Die heutige Versammlung tage unter den strengen Normen einer ausschließlichen Parteiversammlung. Alle nicht zur Bürgerpartei gehörenden Elemente seien daher aus derselben ausgeschlossen. Er glaube dies allen denen schuldig zu sein, welche nicht wollten, daß wieder ein Abend der Bürgerpartei resultatlos und ohne Abstimmung verlaufe. So gern er daher jedem wirklichen Mitgliede der Bürgerpartei, auch dem Gegner seiner Ansichten, das Wort gestatten werde, ebenso werde er fremden Elementen gegenüber rücksichtslos das Hausrecht wahren, wie er denn bereits einen Herrn (Andrae), der notorisch nicht zur Bürgerpartei gehöre, zum Verlassen des Lokales aufgefordert. (Bravo!)

Nach dieser Einleitung wird darauf Herr R. Graßmann zum Vorsitzenden gewählt und die Herren Töpfermeister Hey, Rentier Wernicke, Theodor Fuchs und Schlächtermeister Pautz zu Beisitzern ernannt. Es wird darauf sofort in die Tagesordnung, die Reichstagswahl, eingetreten.

Der Vorsitzende wirft zunächst einen Rückblick auf die Wahl vor drei Jahren. Die Bürgerpartei habe damals einen Bund mit den Konservativen geschlossen, weil auch diese damals das Programm der Bürgerpartei: „das Wohl Stettins über Alles, mit Ausschluß jedes Sonderinteresses", zu dem ihrigen gemacht und nach vielen Verhandlungen insbesondere zwei Kandidaten, die vor allem auch mit dem Handel Stettins in jeder Beziehung vertraut gewesen, den Herrn Dr. Delbrück und dann den Herrn Schlutow, in Vorschlag gebracht hätten. Die damaligen Leiter der Konservativen ständen jetzt leider nicht mehr an der Spitze ihrer Partei. Statt dessen habe sich hier eine andere sogenannte konservative Partei unter ganz neuer Firma, der Firma Quistorp-Weyer-Nesemann (Heiterkeit) aufgethan, die seiner Ansicht nach nicht mehr das Wohl des Staates und der Stadt Stettin, sondern die Vertretung einzelner Stände und Interessen auf ihre Fahne geschrieben. Die jetzige Firma habe daher das alte Programm der Bürgerpartei verlassen. (Sehr richtig!) Es komme dazu, daß man von jener Seite die Bürgerpartei gar nicht gefragt, daß eine ganz kleine Versammlung, die von der obigen Firma arrangirt und von nicht über hundert Personen besucht gewesen, ohne weiteres Herrn Baltzer auf den Schild gehoben und daß dann diese sogenannte konservative Partei durch nach seiner Ansicht nach unwürdige Mittel versucht habe, diesen Kandidaten der Bürgerpartei zu oktroiren. Denn er nenne es kein würdiges Mittel, wenn Herren, die nie zur Bürgerpartei gehört, hier plötzlich ankämen und sich sogar fälschlich als Mitglieder des Bürgervereins ausgäben um die Bürgerpartei zu zwingen, nach ihrer Ansicht zu handeln; wenn ein Herr sogar zu ihm gekommen und ihm mit etwas mehr als naiver Offenheit seine Hoffnungen, die Bürgerpartei lahm legen zu wollen, auseinander gesetzt (Hört!); er nenne es kein würdiges Mittel, wenn hier vor den Thüren unter der Hand ein gegnerischer Aufruf vertheilt werde. (Sehr richtig!) Er halte es nicht für würdig, wenn man hier sogar das — Pölitzer Wochenblatt (große Heiterkeit) ins Feld zu führen wage! Ob man wirklich glaube, durch solche Mittelchen zu siegen? (Heiterkeit.) Er habe lange nichts so Urkomisches gesehen, als durch die Importirung des Pölitzer Wochenblatts die Stadt Stettin umstimmen zu wollen. (Heiterkeit.) Wenn denn die Konservativen bei den Stadtverordnetenwahlen, bei der Abgeordnetenhauswahl gethan? Warum sie dort nicht gleichfalls auf dem Posten gewesen? Er halte es seinerseits für unmöglich, mit einer Partei zu gehen, die 3 Jahre lang nichts gethan, die sich konservativ nenne und dabei stets mit den hiesigen Fortschrittlern und Dr. Amelung liebäugele. Ob die Bürgerpartei wirklich sich zum Werkzeuge einer solchen Partei hergeben, mit einer solchen Partei gehen wolle? (Rufe: Nein! Nein!) Das Komitee der Bürgerpartei, das sich auf das Eingehendste mit der Frage beschäftigt, habe sich daher entschieden, für diesmal der Partei die Wiederwahl des Herrn Schlutow zu empfehlen. (Beifall! Ruf: Baltzer!) Was denn Herr Baltzer vor Herrn Schlutow voraus habe? Herr Baltzer sei im Prinzip für Freihandel und gegen das Tabaksmonopol, gerade wie Herr Schlutow! Nur wolle Schlutow diesem Prinzip treu bleiben, Herr Baltzer aber ohne Schwierigkeiten von seinen Prinzipien ablassen. Für einen Abgeordneten sei aber gerade dies das Schlimmste! (Sehr richtig!) Die beiden Reden des Herrn Baltzer seien, so viel Zeit dieser auch zur Vorbereitung gehabt, wohl das Schwächste, was je ein Wahlkandidat Stettins gesprochen, sie gäben nur Stoff zur Heiterkeit. Allerdings sei Herr Baltzer trotzdem besser als viele der Herren, die ihn auf den Schild gehoben und auch vielleicht besser als seine Reden. (Heiterkeit.) Sein Unglück sei nur, daß er sich zum Aushängeschild einer Partei hergegeben, obgleich er an politischer Erfahrung kaum mehr wie ein neugeborenes Kind durchgemacht habe. (Heiterkeit.) Herr Schlutow habe sich dagegen unter den schwierigsten Verhältnissen eine Stellung zu schaffen gewußt, so daß jetzt selbst seine früheren Gegner sich wenigstens gespalten und zum Theil für ihn stimmen wollten. Schlutow sei auch keineswegs ein prinzipieller Gegner der Regierung, sondern so weit irgend möglich mit dieser gegangen. Kurz, es habe sich von allen Abgeordneten Stettins noch keiner so bewährt, wie Herr Schlutow. (Beifall.) Die persönlichen Vorzüge seien daher ganz auf Seiten des Herrn Schlutow. (Beifall.) Dazu kommen aber auch sachliche Gründe. Meine Herren! Die Konservativen thun jetzt, als wenn mit dem Augenblicke, wo sie ans Ruder kämen, jeder Unzufriedene zufrieden, jeder Arme reich würde. (Heiterkeit.) Es haben die Herren nun ja aber 50 Jahre lang regiert. Was haben sie für den Handwerker, den Arbeiter gethan? Wo sind denn die verheißenen „guten Tage?" (Ruf: Die kommen noch! Große Heiterkeit.) Ich suche immer, aber ich finde nichts, was die Konservativen, sei es in Berlin oder in Stettin, für den Handwerker oder den Arbeiter gethan. (Sehr richtig!) Ich bin begeisterter Anhänger des Fürsten Bismarck; das soll mich aber nicht an der Einsicht hindern, daß viele der uns von ihm oder einem seiner konservativen Kollegen gebrachten Gesetze leider eine ganze Reihe von Fehlern enthalten. Da ist zunächst das Gerichtswesen. Es galt ja damals, ganz Deutschland unter einen Hut zu bringen und es konnte das ohne Opfer nicht geschehen. Daß diese Opfer

aber **so hoch** würden, daß jetzt häufig die Gerichtskosten bei weitem mehr ausmachen, als das ganze Streitobjekt (Sehr richtig!), ja daß die Gerichtskosten so hoch sind, daß der arme Mann, der Handwerker kaum noch klagen kann (Lebhafte Zustimmung), das beklage ich aufs Tiefste. (Lebhafter Beifall.) Ebenso beklage ich die ganze Umständlichkeit des mündlichen Verfahrens (Sehr richtig!), die von Napoleon in einer Zeit eingeführt wurde, als nur Wenige lesen und schreiben konnten, und die mir durchaus kein ebenbürtiger Ersatz für unser altes bewährtes Gerichtsverfahren zu sein scheint. (Lebhafter Beifall.) Hier wünsche ich dem Fürsten Bismarck einen Abgeordneten zu schicken, der diese Uebelstände klar darlegt, und nicht etwa einen, der sich hier der Macht der Verhältnisse unterwirft. (Bravo!) Da ist zweitens das **Tabaksmonopol**. Ich bin **nicht** für das Tabaksmonopol, dennoch wäre ich unter gewissen Bedingungen dafür. (Hört! Hört!) Aber nicht etwa wie Herr Baltzer, indem ich mich der Macht der Verhältnisse beugte, sondern unter **ganz bestimmten** Bedingungen. (Hört!) In Frankreich bringt das Tabaksmonopol ungefähr 216 Millionen Mark oder 5,85 Mark per Kopf; alle direkten Abgaben in Preußen, also die Klassensteuer, Einkommensteuer, Grundsteuer, Gebäudesteuer, Gewerbesteuer zusammen betragen aber 151 Millionen Mark, oder 5,76 Mark pro Kopf. Ich würde daher eventuell für das Tabaksmonopol sein, wenn es in dem betreffenden Gesetze heißt: Mit der Einführung des Tabaksmonopols hören sämmtliche direkte Steuern auf. (Lebhafter Beifall.) Soll uns aber nur wieder eine neue Last mehr aufgelegt werden, als wir jetzt schon tragen, dann würde ich mich auf das Aeußerste bedenken, einen Deputirten nach Berlin zu senden, der so bereit ist, der Macht der Verhältnisse oder dem Druck von oben Rechnung zu tragen. (Beifall) Dann ist da das **Unfall-Versicherungsgesetz**. Ich bin ganz dafür, daß jeder Arbeiter versichert ist, ich würde mich selbst mit dem Zwange befreunden, dann aber, meine Herren, muß der Arbeiter aber auch auf **alle** Fälle versichert sein. (Bravo!) Wir haben ein prächtiges Bild an unsrer Feuersozietät, dort ist man auf alle Fälle versichert. Der jetzt vorgelegte Entwurf enthält aber so viel Ausnahmen, so viel Umstände, so viel Weitläufigkeiten und unnützen Ballast, selbst so viele Strafen, daß es meiner Auffassung nach ganz unmöglich ist, ein solches Gesetz anzunehmen. Arbeiter und Arbeitgeber würden nur darunter seufzen. (Sehr richtig!) Ich zweifle nicht, daß Fürst Bismarck das Beste will. Aber der Entwurf ist so unpraktisch, daß ich es Schlutow nicht verdenken kann, wenn er dagegen war. (Zustimmung.) Ich glaube daher, wir haben in allem diesem wohl Grund, uns gut bei der Reichstagswahl vorzusehen, und deshalb empfehle ich Ihnen noch einmal im Namen Ihres Komitee's unsern bewährten Abgeordneten Schlutow. (Beifall. Rufe: Schlutow! Baltzer!)

Herr **Schwarz**: Meine Herren! Ich kann Ihnen auch nicht einen Herrn zum Abgeordneten empfehlen, der so geringe Achtung vor den Aufgaben eines Abgeordneten hat, wie Herr Baltzer. Die Aufgabe eines Abgeordneten besteht gerade in der Aufrechterhaltung der Prinzipien. Herr Baltzer erklärt sich aber mit seltener Offenheit gerade zur Preisgebung der Prinzipien bereit. Es ist unerhört, daß ein Kandidat von vorneherein erklärt, sich zu einer willenlosen Marionette herabwürdigen zu wollen. (Bravo! Unterbrechung) Wir haben andere Aufgaben; sehen Sie sich an, wie der Handel, die Schifffahrt, das Handwerk darnieder liegt; wie der Kaufmann, der Handwerker, der Arbeiter seufzt. Giebt es eine beredtere Sprache gegen die Schutzzölle und das Tabaksmonopol? Und dann sehen Sie sich die **Gerichtsordnung** an. Früher fand Jeder sein Recht. Heute kann der Arme überhaupt nicht klagen. Früher hatte man, wenn eine Forderung erstritten, wenigstens endlich auch eine gesicherte Zwangsvollstreckung. Heute ist der Gerichtsvollzieher halb Beamter, halb Geschäftsmann. (Hört! Hört!) Der Fiskus haftet nicht mehr für die Ausfälle, die man bei einem Gerichtsvollzieher zu erleiden hat. (Sehr richtig!) In zwei Fällen konnten wir eine erstrittene Forderung doch nicht erhalten, es war nicht möglich, vom Gerichtsvollzieher Geld zu erhalten. Wer soll da noch Kosten an einen Prozeß wenden! Das muß anders werden Es muß wieder Jeder sein Recht finden, seine Forderung erhalten können. (Lebhafter Beifall) Darum lassen Sie uns einen Mann wählen, der sich nicht fürchtet, solche Schäden aufzudecken. Lassen Sie uns Schlutow wählen, demselben aber zur Ehrenpflicht machen, **gegen** das Tabaksmonopol zu stimmen, **dafür** aber Sorge tragen zu wollen, daß der Fiskus für Ausfälle bei den Gerichtsvollziehern haftbar gemacht wird, damit jeder ehrliche Mann, ob Kaufmann, Hausbesitzer, Handwerker oder Arbeiter, wieder sein Recht findet. (Beifall)

Herr **Will**: Die Konservativen haben jetzt das Unfallversicherungsgesetz aufgestellt. Sie suchen damit die Arbeiter zu ködern. (Beifall und Unruhe.) Ich wähle aber doch keinen Konservativen. Das Unfallversicherungsgesetz ist nur Butter auf die Backen der Arbeiter, damit diese leichter hineinrutschen. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Man hat mich zu gewinnen gesucht, aber man ködert mich nicht, wenn man mir auch lauter Speckseiten hinhält (Heiterkeit) Was haben die Konservativen gethan? Die Spritsteuer lehnten die Konservativen wohlweislich ab, das ging gegen die Interessen der großen Grundbesitzer. (Hört!) Dafür kamen aber die Zölle auf die nothwendigsten Lebensmittel. (Hört!) Jetzt wird das Unfallversicherungsgesetz versprochen. Ich sage, macht den Arbeiter lieber steuerfrei (Beifall), das nutzt ihm mehr! Die Konservativen wollen gegen die Gewerbefreiheit auftreten. Ich sage denen, schafft erst die Arbeit in den Zuchthäusern ab, die ruinirt den Handwerkerstand mehr als alles Andere. (Beifall.)

Herr Cigarrenarbeiter **Noack**: Ich möchte hier vor einer Bürgerversammlung die Interessen der Arbeiter vertreten. (Bravo!) Ich würde selbst nicht unter den Bedingungen wie Herr Graßmann für das Tabaksmonopol oder für die Zwangsversicherung der Arbeiter sein. Für das Tabaksmonopol deshalb nicht, weil die jetzige Tabaksindustrie, eine reine Privatindustrie, sehr blühend ist. Schon die Einführung der Steuer hat dieser sehr geschadet. Vor der Steuer gab es in Stettin 40 Cigarrenarbeiter, heute giebt es deren nur 2. (Hört!) Die jetzige Tabaksindustrie beschäftigt aber immer noch 100,000 Arbeiter. Der Staat würde bei einem Monopol höchstens die Hälfte beschäftigen, es würden also 50,000 Arbeiter brodlos. Möchten alle die Arbeiter, welche heute vielleicht für Baltzer schwärmen, an ihre dann brodlos werdenden Brüder denken. (Beifall.) Gegen das jetzige Unfallversicherungsgesetz bin ich hauptsächlich deshalb, weil die Arbeiter erst nach vier Wochen Krankenlager eine Unterstützung empfangen sollen. Von sämmtlichen Unfällen dauerte aber bei 75 Prozent die Heilung weniger als vier Wochen. Sollten diese nichts erhalten? Was soll der Arbeiter innerhalb der ersten vier Wochen machen, wovon soll er da leben? Die Konservativen haben goldene Berge versprochen, aber Steine gebracht. (Beifall.)

Herr Dr. G. **Graßmann** sucht nachzuweisen, daß selbst bei einer Einführung des Tabaksmonopols der Ertrag desselben nach Abzug der jetzigen Steuer, die 50 Millionen Mark einbringt, und der Entschädigungen, die eine Rente von 35 Millionen Mark erfordern, höchstens noch 40 Millionen Mark ausmachen werde, mit denen, wenn etwa 3 Millionen Hülfsbedürftiger unterstützt werden sollten, schwerlich eine wirkliche Hülfe zu schaffen sein möchte.

Herr Korbmachermeister **Voigt**: Ich gehöre seit 1871 der Bürgerpartei an und habe sonst immer mit dem Komitee gestimmt, heute kann ich es leider nicht. Ich habe gegen Herrn Schlutow einmal, daß er nicht vor der Bürgerpartei gesprochen, wohl aber vor seinen ehemaligen Gegnern, dem liberalen Wahlverein, auf dem Bocke, und sodann zweitens, daß er Freihändler ist und die Gewerbefreiheit der Ruin für das Handwerk ist. (Widerspruch.)

Herr R. **Graßmann**: In dem Einen befindet sich der Herr Vorredner im Irrthum. Herr Schlutow hat zwar auf dem Bocke, aber nicht vor dem liberalen Wahlverein, sondern vor einer **allgemeinen** Wählerversammlung gesprochen. Die Versammlung ist völlig neutral gewesen, wie schon daraus hervorgeht, daß Herr Oberbürgermeister Haken selbst den Vorsitz geführt hat. Die Mitglieder der Bürgerpartei sind zu derselben eben so gut eingeladen gewesen, wie irgend ein anderer. Im Uebrigen habe Herr Schlutow sich auf die **erste** Einladung hin, in der Bürgerpartei zu sprechen, dazu bereit erklärt. Es sei einzig und allein der eingetretene Todesfall Schuld daran, daß Herr Schlutow in der vorigen Versammlung nicht gesprochen. Redner freut sich übrigens darüber, daß bei der eigenthümlichen Zusammensetzung jener Versammlung Herr Schlutow nicht zugegen gewesen. (Zustimmung.) Die Schuld an den vergangenen traurigen Zeiten Herrn Schlutow aufbürden zu wollen, ginge ebenfalls nicht. Die Handwerker seien auch in der That nicht schlimmer daran, als etwa die Hausbesitzer (sehr richtig!) oder Arbeiter. Die Zeit sei für alle leider traurig genug gewesen. Im Uebrigen dürfe er aber doch wohl fragen, **wer** in Stettin bisher wohl mehr die Interessen der Handwerker vertreten habe, ob etwa die Konservativen oder die Mitglieder der Bürgerpartei? Redner gedenkt noch mit einigen Worten der dankenswerthen Mühe, die sich Herr Schlutow bei allen ihm überreichten Petitionen gegeben und insbesondere auch der vielfachen Schritte, die er, wenn auch leider vergeblich, gethan, um unserer Stadt eine eigene Eisenbahn-Direktion und die damit verknüpften Vortheile an Lieferungen, an einer größeren hier wohnenden Beamtenzahl u. s. w. zu erhalten. Er bäte alle Mitglieder der Bürgerpartei, namentlich aber auch die Handwerker, jetzt nicht den Kopf hängen zu lassen, sondern mit aller Energie vorwärts zu streben. (Beifall)

Nachdem der Schluß der Debatte angenommen, wird zur Abstimmung geschritten. Bei derselben erklärt sich fast die ganze Versammlung für die Kandidatur des Herrn Schlutow. Für Herrn Baltzer erheben sich 4—10 Hände. Herr Kommerzienrath Schlutow ist daher zum Reichstags-Kandidaten der Bürgerpartei erwählt. Ein Versuch der wenigen Anhänger des Herrn Baltzer, auf diesen ein Hoch auszubringen, erstickt in dem Hoch, welches Herr Noack auf Herrn Schlutow ausbrachte, und in welches die Versammlung begeistert einstimmte. Unter fortwährenden Hochs auf Herrn Schlutow, auf die Stadt Stettin, auf Herrn R. Graßmann ging die Versammlung dann auseinander.

Stettin, 21. Oktober. Die gestrige Versammlung der Konservativen nahm einen für die Veranstalter derselben unerwarteten Verlauf. Herr Andrae-Roman eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf Se. königliche Hoheit den Kronprinzen, indem er den bekannten Artikel der „Provinzial-Korrespondenz“ resp. der „Post“ rekapitulirend, die Verdienste desselben besonders hervorhob. Dann polemisirte Herr Andrae-Roman unter tiefstem Schweigen der Versammlung gegen die Bürgerpartei resp. deren Führer, Herrn R. Graßmann, dabei wiederum die letzte Zuschrift des „Pölitzer Wochenblattes“ möglichst wiederholend. Dann ertheilte derselbe Herrn Deppe aus Magdeburg das Wort. Die Ausführungen desselben, so weit sie den jetzigen Nothstand des Handwerkerstandes betrafen, fanden allseitige Zustimmung. Als derselbe aber dem Liberalismus kein Verständniß für diesen Nothstand zusprach, ertönte bereits das erste starke Oho! Herr Deppe sprach sich für Beschränkung der Gewerbefreiheit, obligatorische Innungen und Hebung eines christlichen Innungsgeistes aus. Seine Ausführungen, daß die Handwerker nun mit den Konservativen gehen müßten, fanden nur getheilten Beifall. Nach einer Pause ergriff darauf Herr Baltzer das Wort. Ohne für heute weiter auf die Rede desselben einzugehen, wollen wir nur bemerken, daß derselbe leider die Taktlosigkeit hatte, auch die Person unseres Kaisers in die Debatte zu ziehen, aber durch den Ruf: Kaiser weg lassen! sehr bald zurecht gewiesen wurde. Ebenso brachte er unter dem Gelächter der Versammlung das bisher leider unbekannt gebliebene Ereigniß zur Welt, daß unser Fürst Bismarck „einen Schreck bekommen habe“. (!) Wir werden auf die Rede noch näher zurückkommen. Schon während derselben hätte ein geschulter Parlamentarier die Stituation erkennen und sehen können, daß mindestens die Hälfte der Versammlung noch nicht zur „konservativen Burg“ gehörte, sondern aus Anhängern Schlutow's bestand. Es meldeten sich daher auch gleich mehr Anhänger Schlutows als Baltzers zum Wort. Zuerst sprach allerdings Herr Tischlermeister Ladewig für Herrn Baltzer, von dessen Rede wir nicht vergessen wollen, ein neues geflügeltes Wort „sie hörten mit beredten Worten“ der Nachwelt zu überliefern. Herr Ladewig pflegt sonst aus Ueberzeugung sprechend besser zu reden. Darauf meldet sich Herr Will zum Wort (Großer Tumult.) Herr Will wünscht nur zur Geschäftsordnung zu sprechen, da der Vorsitzende verheißen, es solle Jeder, auch ein Gegner Baltzers zum Wort kommen, der Schriftführer aber Herrn Will erklärt habe, er dürfe überhaupt nicht sprechen. Die diesbezüglichen Ausführungen werden mit Hochs auf Schlutow unterbrochen. Es spricht darauf Herr Frischmuth gleichfalls für Herrn Schlutow. Er sei auch Handwerksmeister, aber was denn die Konservativen für das Handwerk gethan? Gar nichts! (Beifall und Unterbrechung.) Herr Cigarrenarbeiter Noack spricht ebenfalls für Herrn Schlutow. Die Arbeiter hätten jetzt vor den Wahlen bei den Konservativen so viel Freunde, die sie an ihr Herz drückten, daß sie vor Schmerz beinahe aufschrieen. (Beifall und große Heiterkeit) Dem Redner wird von dem Vorsitzenden das Wort entzogen, weil er nicht zum Wahlbezirk gehöre. (Ruf: Herr Deppe ist auch aus Magdeburg! Ausreden lassen! Minutenlanger Lärm. Hoch auf Baltzer, das von einem Hoch auf Schlutow übertönt wird.) Nach längerer Unterbrechung spricht darauf ein Herr v. Nassaw (Antisemit). Derselbe plaidirt als „junger Mann“ für die Wahl Baltzers. Aus seiner ziemlich verworrenen Rede sticht besonders die Aeußerung hervor, „ein gelernter Kaufmann mag doch nicht gerne Arbeiter werden“. (Lärm und Unruhe. Ruf: Arbeit schändet nicht! Beifall und erneuter Lärm.) Es versucht noch ein Herr Tietz zu sprechen. Seine Worte sind in dem Tumult leider nicht mehr verständlich. Hochrufe auf Schlutow und Baltzer wechseln mit einander ab. Die ersten übertönen die letzteren. Unter diesen Umständen hält es der Vorsitzende nicht für angemessen, irgend eine Abstimmung herbeizuführen und schließt unter gesteigertem Lärm die Versammlung Dieselbe geht daher resultatlos unter fortwährend neuen Hochs auf Schlutow auseinander.

Stettin, 21. Oktober. (**Sitzung des Schwurgerichts vom 20 Oktober**) Anklage wider die verehel. Mühlenbesitzer Marie Agnes Auguste **Lewing** geb. Hammel aus Fidtichow wegen Brandstiftung, und deren Ehemann, den Müller Carl Fr Phil. **Lewing** wegen Verleitung zu diesem Verbrechen.

Im Juli v. J kaufte Frau L ein in Fidtichow an der Straße nach Brusenfelde belegenes Grundstück nebst Windmühle. Die Gebäude waren bei der National Versicherungs-Gesellschaft mit 7170 Mark versichert, in Folge eines an die Direktion der Gesellschaft gelangten anonymen Briefes, in welchem die Gebäude als sehr baufällig bezeichnet waren, wurde die Versicherungssumme auf 5800 Mark herabgesetzt. Das Mobiliar war mit 3900 Mark bei der Berlinischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft versichert. Am 5 Februar d. J war Lewing nach Bahn gefahren, seine Frau blieb allein auf dem Grundstück zurück. Nachts gegen $^1/_2$1 Uhr entstand plötzlich Feuerlärm und die Löschmannschaften eilten nach dem Lewingschen Grundstück, wo aus den Parterreräumlichkeiten bereits dicker Qualm drang. Das Grundstück brannte vollständig nieder. Die Ermittelungen bei den Löschversuchen ließen jedoch keinen Zweifel aufkommen, daß eine vorsätzliche Brandstiftung vorlag In der Vorderstube, dem eigentlichen Herd des Feuers, wurde unter dem Sopha und im Schrank kieniges Holz aufgeschichtet und in Brand gesetzt gefunden, um das Bein des Sophatisches war Holz pyramidenförmig aufgestellt und in Brand gesetzt, sodann eine bis zur Erde reichende Decke über den Tisch gedeckt und um den letzteren Stühle gelegt Da die Frau während des ganzen Tages allein im Gebäude gewesen, wurde sie sofort in Haft genommen. Inzwischen wurde ermittelt, daß der Ehemann L. bereits vorher sehr verdächtige Redensarten gemacht und auch zwei Personen Geld angeboten hatte, falls sie sich dazu verstehen würden, sein Grundstück in Brand zu setzen. Es lag also der Verdacht nahe, daß er nicht nur um das Verbrechen gewußt, sondern auch seine Frau dazu verleitet habe und wurde er in Folge dessen gleichfalls verhaftet. Das Motiv zu dem Verbrechen war naheliegend, die Gebäude waren in schlechtem Zustande und stark verschuldet und die Angeklagten konnten hoffen, ein gutes Geschäft zu machen, wenn sie die Versicherungssumme ausgezahlt erhielten, da die Mobilien bedeutend über den Werth versichert waren, u A. war eine Kuh versichert, obgleich die L.'schen Eheleute keine solche besaßen, ferner war anstatt 1 Stand Betten 2 versichert, u. A. m. Die Beweisaufnahme fiel sehr belastend aus und beantragte der königl. Staatsanwalt, die Frau L. der Brandstiftung, deren Mann nicht nur der Verleitung, sondern auch der Theilnahme an diesem Verbrechen für schuldig zu erklären. Demgemäß gaben auch die Geschworenen ihr Verdikt ab und erkannte der Gerichtshof gegen die Frau auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust, gegen den Ehemann jedoch mit Rücksicht darauf, daß er die Seele des Verbrechens gewesen und er durch seine Anstiftung seine Frau nicht nur um ihr Vermögen (sie hatte 1400 Thlr. in die Ehe gebracht), sondern auch um ihre Seelenruhe gebracht hat, auf 5 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Boccaccio.“ Oper 3 Akten.

(Schlechte Theaterverhältnisse) Aus **Aachen** wird geschrieben:

Seit Beginn der Saison ist der Theaterbesuch so ungenügend, daß die Direktion (Rietz), falls ihr nicht seitens des Publikums eine größere Unterstützung zu Theil wird, gezwungen ist, die Mitglieder der Bühne zu entlassen.

Der Direktor des **Königsberger** Stadt-Theaters, Herr Albert Goldberg, hat sich Angesichts seiner Geschäftslage, die sich in der vorigen und vollends in den ersten sechs Wochen dieser Saison zahlenmäßig höchst ungünstig gestaltet hat, mit der Eingabe an den Magistrat gewandt, von der Stadtverordneten-Versammlung eine jährliche Subvention des Stadttheaters von wenigstens 20,000 Mark zu erwirken. (Einkommen und bewilligt, erholten, ist aber Zweierlei)

Vermischtes.

— Ein eigenthümlicher Prozeß um einen Leichnam wird soeben in Nashville geführt Ein gewisser Frederick Worcester, welcher dort kürzlich starb, hatte in seinem Testament bestimmt, daß seine Ueberreste nach Washington, Pennsylvanien, gebracht werden sollten, um daselbst in dem bekannten Lemoyne'schen Ofen verbrannt zu werden. Die Wittwe weigerte sich jedoch, diese letztwillige Verfügung zur Ausführung zu bringen, und läßt, da ihre Söhne des gerade entgegengesetzten Willens sind, das Grab des Verstorbenen bewachen, um eine gewaltsame Entführung der Leiche zu verhindern. Dadurch haben sich die Söhne genöthigt gesehen, den obenerwähnten Prozeß um den Besitz ihres todten Vaters — ein habeas corpus im wahrsten Sinne des Wortes! anzustrengen.

— (Maulkörbe für Menschen.) Das „Secolo“ schreibt: Der Präfekt einer der ersten Städte Italiens, ein reicher Grundbesitzer, läßt den Arbeitern in seinen Weinbergen im Jahre 1881 während der Weinlese eiserne Maulkörbe anschnallen, um sie zu verhindern, Trauben zu kosten. Diese elende Handlungsweise gelangte schon im vorigen Jahre zur Kenntniß der Regierung, doch der Präfekt blieb nach wie vor im Amte.“

— (Die amerikanische Presse) Das „Paper-Trade-Journal“ publizirt eine Liste aller gegenwärtig in den Vereinigten Staaten erscheinenden Zeitungen. Täglich werden 962 Journale herausgegeben, von denen im verflossenen Jahre allein 114 gegründet wurden Die Auflage sämmtlicher Blätter beträgt 3,581,187 Exemplare. Auf jeden Tag entfällt eine Abonnements-Quote von 26,250,100 Dollars.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 19. Oktober. Der deutsche Botschafter für Konstantinopel, Graf Hatzfeld, und der Botschafter für Petersburg, General von Schweinitz, welche gestern hier ankamen und im Hotel de Russie Aufenthalt nahmen, sind heute Abend nach Berlin gereist.

München, 20 Oktober. (B. T) Die Sozialdemokraten agitiren lebhaft für ihren Kandidaten Bebel. Die ganze Stadt ist förmlich überschwemmt mit Wahlzetteln, deren beigefügte „Gebrauchsanweisungen“ interessante Beiträge zu Wahlmanövern liefern. Bei der hier stark dominirenden ultramontanen und konservativen Partei scheint der Erfolg der sozialdemokratischen Bemühungen recht resultatlos.

Wien, 20. Oktober. Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers, durch welches die Delegationen auf den 27. d. M. nach Wien einberufen werden.

Das „Fremdenblatt“ schreibt: Graf Robilant, welcher einige Tage am Hoflager in Monza weilte und gestern hier eintraf, ist Abends nach Pest abgereist, von wo er bereits heute Nacht zurückerwartet wird. Es könne für Niemand, der über die Anschauungen der hiesigen maßgebenden Kreise unterrichtet ist, einem Zweifel unterliegen, daß, falls Graf Robilant eine auf den eventuellen Besuch des Königs Humbert bezügliche Anfrage überbringt, die Antwort in freundlich bejahendem Tone ausfallen werde.